

EXTRA BLATT

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe Januar 2014



Höhere Kriminalität 11

Die Zuwanderung ist weder kulturell noch mengenmässig verkraftbar.



Lohndruck ist Realität 5

Viele Ältere und Neueinsteiger haben Mühe auf dem Arbeitsmarkt.



Kulturlandverlust stoppen 9

Jede Sekunde gehen 1,1 m² Kulturland verloren. Es wird eng im Land.



Mass halten bei der Einwanderung!

«Mass halten» im Leben ist immer eine kluge Empfehlung. Denn Masslosigkeit führt früher oder später zu Schäden. Dies gilt auch für die Zuwanderungspolitik. Eine massvolle Zuwanderung ausländischer Arbeitnehmer hilft dem ganzen Land: Die Schweiz kann so Personallücken schliessen und Fachleute gewinnen. Eine masslose, unkontrollierte Zuwanderung jedoch schadet allen. Sie entzieht uns die Grundlagen des Erfolges, der Lebensqualität und der Kultur.

Seit 2007 kann die Schweiz nicht mehr selber bestimmen, wer für wie lange in unser Land kommt und wann er wieder gehen muss. So sind Jahr für Jahr rund 80'000 Personen mehr in die Schweiz eingewandert als ausgewandert. Dies entspricht einer jährlichen Zunahme der Bevölkerung in der Grössenordnung der Stadt Luzern. Alle zwei Jahre ist die Einwohnerzahl der Schweiz beinahe um die Grösse der Stadt Genf angewachsen.

Seit 2012 zählt die Schweiz mehr als acht Millionen Einwohner

Wenn das so weitergeht, wird in rund zwanzig Jahren die Zehn-Millionen-Bevölkerungsgrenze erreicht. Die Folgen dieser verhängnisvollen Entwicklung sind jetzt schon erkennbar: Zunahme der Arbeitslosigkeit (mit einer Erwerbslosenquote von über acht Prozent bei den Ausländern), überfüllte Züge, verstopfte Strassen, steigende

Mieten und Bodenpreise, Verlust von immer knapperem Kulturland, Lohndruck, Ausländerkriminalität, Asylmissbrauch, Mentalitätswandel in den Führungsetagen, hoher Ausländeranteil im Fürsorgewesen und andern Sozialwerken.

Die Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung», die am 9. Februar 2014 zur Abstimmung kommt, will eine massvolle Zuwanderung in unser

Land. Es geht um die Ermöglichung einer kontrollierten, eigenständigen schweizerischen Zuwanderungspolitik. Nur so kann die Schweiz den erfolgreichen Weg der Zusammenarbeit mit Einwanderern fortsetzen.

Mit einem JA zur Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung» können die Stimmberechtigten einen Entscheid zur Zukunftssicherung des Landes fällen.

Kommentar:



Wieso ein Extrablatt?

Über kein anderes Thema wird seit Jahren durch Politiker, Behörden, Wirtschaft und Medien so einseitig, schönfärberisch und irreführend «informiert» wie über die Zuwanderungsproblematik. Propaganda ist wichtiger als Sachlichkeit. Die positiven Effekte der Zuwanderung, die es zweifellos gibt, werden übertrieben – die negativen, die auch festzustellen sind, werden heruntergespielt.

Fortsetzung auf Seite 2



Natalie Rickli,
Nationalrätin,
Winterthur (ZH)

« Immer mehr europäische Länder erkennen: Die Personenfreizügigkeit in der heutigen Form schafft zu viele Probleme. Es sind zu viele Millionen Europäer, die nach Arbeit und Einkommen sowie sozialer Sicherheit ausserhalb ihrer Heimat suchen – schon bald kommt mit Kroatien auch das erste Balkanland dazu. »



Kommentar:

Fortsetzung von Seite 1

Was neuerdings wieder an «offiziellen Verlautbarungen» dazu verbreitet wird, zeigt vor allem eines: den Realitätsverlust der politischen und wirtschaftlichen Eliten. Masslosigkeit ersetzt den gesunden Menschenverstand, eine ausgewogene Gesamtsicht fehlt. Die Millionen-Kampagne des Wirtschaftsdachverbandes economiesuisse zur Bekämpfung der SVP-Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung» passt zu diesem Konzept.

Wir von der SVP wollen mit diesem Extrablatt Gegensteuer geben zur geballten Desinformation und irreführenden Behauptungen entkräften. Denn die Initiative «gegen Masseneinwanderung» verlangt entgegen den falschen Behauptungen, die durch Wiederholung nicht richtiger werden, weder einen generellen Stopp der Zuwanderung noch die Kündigung der bilateralen Abkommen mit der Europäischen Union (EU). Das Volksbegehren beauftragt den Bundesrat aber, mit der EU Nachverhandlungen über die aus dem Ruder laufende Personenfreizügigkeit zu führen.

Mass halten ist eine wichtige Tugend im Leben. Kein freiheitlicher und unabhängiger Staat verzichtet auf die Kontrolle der Zuwanderung. Sogar Einwanderungsländer wie die USA, Kanada oder Australien schützen so Bevölkerung und Wirtschaft. Selbst die EU kennt in ihrem Verhältnis zu Nicht-EU- und Nicht-EWR-Staaten keine schrankenlose Personenfreizügigkeit. Nur die kleine Schweiz wird als Ausnahme behandelt: Einwandern darf, wer will – es hat Platz für alle, könnte man meinen ...

Wohin solche Masslosigkeit führt, zeigt dieses Extrablatt. Jedes Jahr 80'000 Menschen mehr, das halten Sozialwerke, Infrastruktur, Wirtschaft und auch die Bevölkerung auf Dauer nicht aus. Eigentlich ist fast allen klar, dass diese überbordende Entwicklung zum Scheitern führen muss. Sie gefährdet Freiheit, Sicherheit, Vollbeschäftigung, Landschaft und damit unsere Wohlfahrt, also die als Staatsziel in der Bundesverfassung (Artikel 2, Absatz 2) beschriebene Existenzgrundlage des Landes.

Die Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung» ist eine massvolle und vernünftige Reaktion auf diese Bedrohung. Sie verschafft der Schweiz die dringend eigenständigen Kontroll- und Steuerungsinstrumente zur vernünftigen Regelung der Zuwanderung. Sie bietet die Möglichkeit für eine massvolle Zuwanderungspolitik zum Wohle aller. Sie ist darum am 9. Februar 2014 die richtige Antwort der Stimmbürgerschaft auf die Einschüchterungskampagne aller Befürworter einer unkontrollierten Einwanderung.



Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz



Impressum

EXTRABLATT: EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 2'942'401 | Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat | Postfach 8252 | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | info@svp.ch | www.svp.ch | Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations, 8600 Dübendorf | Bildquellen: iStockphoto, shutterstock, KEYSTONE AG, admin.ch, parlament.ch, SVP Schweiz | Karikaturen: Martin Gühli | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergrasse 1, CH-8021 Zürich.
Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Wie viel Wachstum wollen wir?

Seit elf Jahren vertrete ich als Schaffhauser Ständerat meinen Kanton in der kleinen Kammer. Als Mitglied der Bundesversammlung habe ich viele wertvolle Erfahrungen gesammelt. Unser direkt-demokratischer und föderalistischer Bundesstaat hat dank der einmaligen Volksrechte beste Möglichkeiten zur Problemlösung und zur Wahrung der Stabilität.



Die Volksinitiative gegen Masseneinwanderung stellt uns vor die Fragen: Wie viel Wachstum wollen wir? Wie viel Zuwanderung erträgt die Schweiz? Ständeratspräsident Hannes Germann vertraut auf das Urteil des Stimmvolkes.

Die Gesamtheit der Stimmbürger hat das Recht, auf Verfassungsebene (Initiative) und im Gesetzgebungsprozess (Referendum) Richtung und Tempo zu bestimmen. Diese Korrekturmöglichkeiten des Volkes haben einen grossen Einfluss.

Das lässt sich am Beispiel der Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung» gut erläutern. Sie stellt uns vor die Fragen: Wie viel Wachstum wollen wir? Wie viel Zuwanderung erträgt die Schweiz? Auf der einen Seite weiss man, dass der Staat, die Unternehmen und die Erwerbstätigen auf Konkurrenzfähigkeit und Wachstum angewiesen sind. Auf der anderen Seite hat eine Schweiz ohne intakten Lebensraum und ein sicheres soziales Umfeld keine Zukunftsperspektive. Darum gehört zur EU-Personenfreizügigkeit auch das Masshalten mit vernünftigen Regeln.

Wachstum wollen wir, die Schweiz braucht Wachstum, aber primär qualitatives. Um wieder Einfluss auf das Ausmass und die Qualität der Zuwanderung nehmen zu können, müssen wir die Handlungsfreiheit im Bereich

der Zuwanderung zurückgewinnen. Heute kommt in die Schweiz, wer eine Arbeitsstelle hat, auch wenn es nur für einen Tag ist. Oder wer Asyl beantragt – und dann in ein jahrelanges Verfahren gelangt.

Seit 2007 wandern Jahr für Jahr 80'000 Personen mehr in die Schweiz ein als aus. Das entspricht einem Wachstum in der Grössenordnung der Stadt Luzern bzw. des Kantons Schaffhausen. Das ist eine gewaltige Herausforderung für unseren Kleinstaat. Tendenz steigend? Wir wissen es nicht, können es nur vermuten. Was wir wissen, ist, dass wir gegenwärtig nicht in der Lage sind, den Prozess der Zuwanderung zu steuern.

Dass viele Mitmenschen besorgt sind, zeigen zehn Volksinitiativen zu diesem Thema. Es ist darum wichtig, dass Volk und Stände am 9. Februar 2014 mit der Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung» ihre Überzeugungskundtun. Wir dürfen auf die Urteilsfähigkeit des Schweizer Volkes vertrauen.

Hannes Germann, Ständeratspräsident



Hannes Germann

- ▶ Ständeratspräsident
- ▶ Opfertshofen (SH)
- ▶ Verheiratet, 2 Kinder
- ▶ Hobbies: Lesen und Skifahren, Jogging, Fussball sowie Musik und Kultur
- ▶ Ausbildung: Wirtschaftsredaktor, Betriebsökonom, Erstberuf: Lehrer

Herausgegriffen:



Verena Herzog, Nationalrätin und Geschäftsfrau, Frauenfeld (TG)

1999 ging der Bundesrat von jährlich + 8'000 Zuwanderern aus

«Der Bundesrat hat sich bei der Einführung der Personenfreizügigkeit auf Studien wie jene von Prof. Straubhaar gestützt, der von einer Zuwanderung von + 8'000 pro Jahr ausging. Realität heute: + 80'000 Zuwanderer pro Jahr. Das ist für unsere Sozialwerke langfristig nicht verkräftbar.»

Interview mit Ständerat Thomas Minder

Die Zuwanderungszahlen sind seit 2007 explodiert

Im Interview mit dem Extrablatt erklärt der Unternehmer und parteilose Ständerat Thomas Minder, warum die Masslosigkeit der Zuwanderung zu einer vielfachen Überbeanspruchung unseres Landes führt.

Extrablatt: Seit vielen Jahrzehnten werden von der Wirtschaft ausländische Arbeitskräfte beschäftigt. Warum ist diese Zuwanderung zum Problem geworden?

Thomas Minder: Weil wir es wegen der EU-Personenfreizügigkeit mit einer unkontrollierten und unsteuerbaren Masseneinwanderung zu tun haben. Seit 2007 sind Jahr für Jahr rund 80'000 Personen neu eingewandert. Die Zahlen sind dermassen explodiert, dass wir jedes Jahr eine zusätzliche Stadt in der Grössenordnung von Luzern oder einen weiteren Kanton Schaffhausen bereitstellen müssten, um den Andrang zu bewältigen. Das und die damit verbundenen negativen Auswirkungen belasten das geordnete und friedliche Zusammenleben. Wenn das so weitergeht, leben in 20 Jahren zehn Millionen Menschen in der Schweiz.

Extrablatt: Weshalb glauben Sie, die Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung» sei die richtige Antwort auf diese Masslosigkeit?

Thomas Minder: Weil die Bundespolitik versagt hat und weil es fünf vor zwölf ist. Man darf nicht vergessen, dass der hohe Ausländeranteil und die unkontrollierte Zuwanderung unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger schon seit vielen Jahren beschäftigen. Bereits etliche Volksinitiativen wurden hierzu eingereicht oder sind noch hängig. Ich erinnere an die angenommene, aber noch nicht umgesetzte Ausschaffungsiniziative. Oder an die Ecopop-

Initiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen», mit der nun auch grüne Kreise eine Abkehr von der unlimitierten Zuwanderung fordern. Was braucht es denn noch, bis man im Bundeshaus die wachsende Besorgnis endlich ernst nimmt?

Extrablatt: Welchen Lösungsansatz bietet denn die Initiative «gegen Masseneinwanderung» im Unterschied zu andern Volksbegehren?

Thomas Minder: Die Initiative verlangt weder einen generellen Stopp der Zuwanderung noch die Kündigung der bilateralen EU-Verträge. Aber die Initiative gibt dem Bundesrat den Auftrag, mit der EU Nachverhandlungen über die Personenfreizügigkeit und über eine künftige eigenständige Steuerung und Kontrolle der Zuwanderung in die Schweiz zu führen. Das ist massvoll und vernünftig. Neben Australien, Kanada und Neuseeland ist die Schweiz heute weltweit eines der attraktivsten Einwanderungsländer. Innerhalb Europas wirkt unsere blühende Wirtschaft samt rekordtiefer Arbeitslosigkeit wie ein Magnet auf die Beschäftigungslosen von Portugal bis ins Baltikum und nach ganz Südeuropa. Als eines der kleinsten Länder Europas steht die Schweiz einem Wirtschaftsraum mit rund 500 Millionen Menschen gegenüber, von denen ständig viele Millionen nach Arbeit und Einkommen sowie sozialer Sicherheit ausserhalb ihrer Heimat suchen.



80'000 Einwanderer pro Jahr sind auf Dauer für unsere Lebensgrundlagen nicht verkräftbar.

Extrablatt: Die Wirtschaft warnt, ohne ausländische Arbeitskräfte wären wir gar nicht konkurrenzfähig. Wie sehen Sie das?

Thomas Minder: Die Masslosigkeit der Zuwanderung führt zu einer vielfachen Überbeanspruchung. Die Siedlungsdichte ist mit 190 Personen pro

«Jede Sekunde wird ein Quadratmeter verbaut! Die Zersiedelung des Landes hat ein beängstigendes Ausmass angenommen. Dörfer verlieren ihre Identität, der Föderalismus blutet aus.»

Quadratkilometer extrem hoch. Jede Sekunde wird ein Quadratmeter verbaut! Die Zersiedelung des Landes hat ein beängstigendes Ausmass angenommen. Dörfer verlieren ihre Identität, der Föderalismus blutet aus. Steigende Immobilienpreise machen Einheimische zu Pendlern. Das Bildungssystem wird überfordert. Die Verkehrsinfrastruktur ist der masslosen Nachfrage nicht mehr gewachsen. Das ist der Preis für eine Entwicklung, die im wahren Sinne des Wortes keine Grenzen kennt. Dass dies unser Land konkurrenzfähiger machen soll, kann im Ernst kein vernünftiger Mensch behaupten oder gar belegen. Weitherum nimmt das Gefühl überhand, dass die Qualität des Zusammenlebens massiv leidet.

Extrablatt: Spielen Sie damit auf die Zunahme der Kriminalität an? **Thomas Minder:** Auch das, ja. Mit

der Personenfreizügigkeit und dem Beitritt zum Schengen-Abkommen ist die Schweiz zum Paradies für Kriminalltouristen geworden. Alle acht Minuten wird irgendwo eingebrochen! Es ist eine Tatsache, dass 70 Prozent der gefassten Täter Ausländer sind. Die unkontrollierte Masseneinwanderung bietet auch solchen Leuten verlockende Möglichkeiten.

Extrablatt: Ohne hochqualifizierte ausländische Einwanderer wäre die Volkswirtschaft zum Niedergang verurteilt, wird gewarnt. Was meinen Sie als Unternehmer?

Thomas Minder: Die Ausländer machen einen Viertel der Wohnbevölkerung aus. Bei den Personen, die Arbeitslosenversicherung beziehen, ist jedoch jeder zweite Ausländer. Ich frage mich, weshalb denn die angeblich so hochqualifizierten unentbehrlichen ausländischen Arbeitnehmer

in die Arbeitslosigkeit fallen. Besorgniserregend ist auch, dass bereits dreimal so viele Ausländer wie Einheimische auf Kosten der Sozialhilfe leben. Und das alles in der Hochkonjunktur unter dem Begriff «Erfolgsmodell Personenfreizügigkeit». Die dramatischen Auswirkungen auf unsere Sozialwerke, insbesondere die Arbeitslosenversicherung und die AHV, werden erst untersucht. Man weiss in Bern nicht, was der Schweiz und ihrer Bevölkerung noch bevorsteht! Einmal mehr hört man vom Bundesrat nur Drohungen. Ich hoffe daher, dass das Volk – wie schon bei der Abzocker-Initiative – nun das richtige Zeichen setzt.

Thomas Minder

▶ Parteiloser Ständerat, Neuhausen am Rheinfall (SH)

▶ Seit 1988 Unternehmer und Geschäftsleiter der Trybol AG

▶ Hobbies: Natur, Ornithologie, Reisen, klassische Musik

▶ Sport: Wandern, Langlauf, Snowboard, Velo, Fussball, Rudern, Jogging



Gezielte Zuwanderung stärkt das Land

Wenn einheimische Arbeitnehmer fehlen, verlässt sich unsere Wirtschaft auf ausländische Arbeitskräfte. Das funktionierte zum beiderseitigen Nutzen von Grenzgängern und Zuwanderern, insbesondere aus den Nachbarländern, seit Jahrzehnten.



«Qualität muss wieder Vorrang haben, Quantität alleine reicht nicht!»

Thomas Matter, Unternehmer, Präsident der Matter Group AG, Meilen (ZH)

In der Schweiz zu arbeiten und zu leben, ist heute mehr denn je attraktiv. Darum braucht unser Land eigentlich gar keine internationalen Abkommen, damit Leute einwandern. Die Schweiz findet jederzeit bestens ausgebildete Spezialisten und geringer qualifizierte Arbeitnehmer, wenn Arbeitsplätze vorhanden sind.

Ich habe mich 2005 gegen den Vertrag von Schengen/Dublin eingesetzt. Aber ich befürwortete die Personenfreizügigkeit. Ich glaubte damals, die Vorteile würden überwiegen. Diese Erwartung erwies sich als falsch. Die schlechtere wirtschaftliche Lage der alten und erst recht der neuen EU-Staaten hat eine Massenzuwanderung in die Schweiz ausgelöst. Sämtliche

durch jährlich festzulegende Höchstzahlen für neue Aufenthaltsbewilligungen. Für eine eigenständige Regelung ohne planwirtschaftliche Eingriffe in den Arbeitsmarkt lässt die Initiative genügend Spielraum.

Anforderungen an Zuwanderer

Wirtschaftsfreundliche, flexible Lösungen sind nötig und auch machbar. Für eine wirkungsvolle quantitative und qualitative Steuerung stelle ich mir ein Punktesystem vor, wie es Kanada, Australien oder Neuseeland kennen. Das heisst: Bewilligungen zum Einwandern können nur an Gestuchsteller erteilt werden, die aufgrund klarer Anforderungen der Volkswirtschaft eine bestimmte Min-



Qualität der Zuwanderer ist entscheidend, nicht Quantität.

Infrastrukturen – Verkehr, Bildung, Gesundheit, Verwaltung, Raumplanung, Sozialwerke usw. – sind hoffnungslos überfordert. «Flankierende Massnahmen» gefährden den liberalen Arbeitsmarkt, unser Erfolgsmodell für tiefe Arbeitslosigkeit.

Kontingente auch heute für Nicht-EU/EFTA-Ausländer

Auch wir Unternehmer müssen darum Verantwortung für das Gemeinwohl der Schweiz tragen und dürfen die negativen Folgen der Masseneinwanderung nicht einfach an den Sozialstaat abschieben. Handlungsmöglichkeiten gibt es. Vor der Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU wurde die Einwanderung durch Höchstzahlen und Kontingente begrenzt. Dieses bewährte Kontroll- und Begrenzungssystem gilt noch heute für Nicht-EFTA- und Nicht-EU-Ausländer. Die Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung» will, dass die Schweiz die Steuerung der Einwanderung wieder selber regelt

Qualität vor Quantität

Mehr denn je frage ich mich: Wieso sollen sämtliche Bulgaren und Rumänen einen Rechtsanspruch auf Einwanderung in die Schweiz haben, während hochqualifizierte Leute aus Übersee selbst mit einem Stellenangebot aus der Schweiz keine Aufenthaltsbewilligung bekommen? Da läuft zu vieles grundfalsch. Volk und Stande haben es in der Hand, im Interesse aller Schweizerinnen und Schweizer und vor allem auch der Wirtschaft am 9. Februar 2014 die Weichen so zu stellen, dass das Land nicht länger von Einwanderern überschwemmt und ausgebeutet wird. Qualität muss wieder Vorrang haben, Quantität alleine reicht nicht.

Nur hochqualifizierte EU-Einwanderer?

Fast gebetsmühlenartig wird von den Behörden wiederholt, die Personenfreizügigkeit führe zu einer Zuwanderung von Hochqualifizierten. Diese Aussage ist reine Schönfärberei. Nur ein kleiner Bruchteil der Einwanderung erfolgt in hochqualifizierte Stellen.

Es stimmt in keiner Art und Weise, dass vor allem Hochqualifizierte einwandern, auch nicht aus der EU. 2012 sind fast 23% aller EU-Zuwanderer, nämlich 23'779, über den Familiennachzug als «nicht Erwerbstätige» eingewandert. Hinzu kamen 5'230 aus der Kategorie «ohne Erwerbstätigkeit». Durch die Kantone wurden bis zu 4'000 Aufenthaltsbewilligungen an Stellensuchende aus der EU vergeben. Ein Teil davon erhält gar Sozialhilfe! 6,7% der Zuwanderer aus der EU (7'039 Personen) kamen unter dem Titel «Aus- und Weiterbildung».

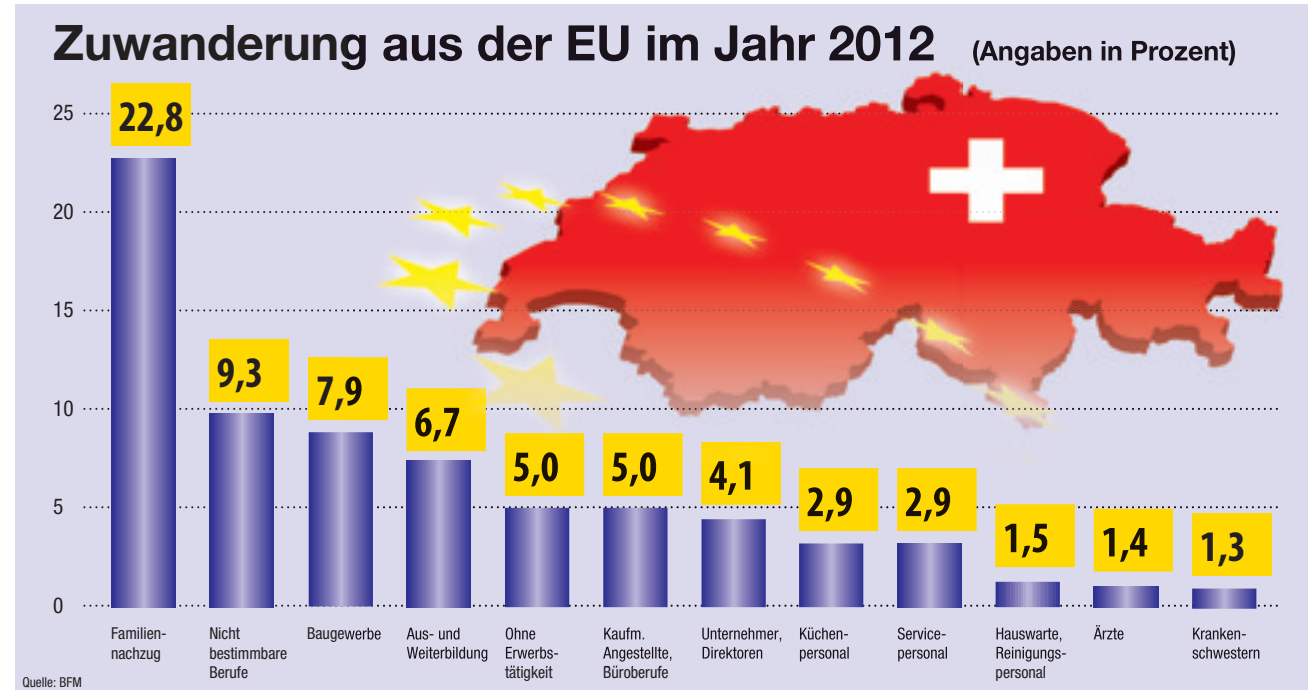
sonstige nicht einzuordnende Berufe» aus der EU beinhalten 2012 nicht weniger als 10'997 Arbeitnehmer.

Erschreckend wenige Ingenieure

Mit 5'268 Personen war 2012 «kaufmännische Angestellte» die grösste Berufs-Kategorie (rund 5% der erteilten Bewilligungen). Es folgen Berufe des Bauhauptgewerbes, Küchen- und Servicepersonal, Hauswarte, Raum- und Gebäudereiniger. Ärzte und Krankenschwestern machen gerade einmal 1,4% bzw. 1,3% der EU-Zuwanderer aus. Noch weiter hinten

offiziellen Statistiken immer auf die Bildungsabschlüsse der EU-Einwanderer. Das überrascht nicht, weil viele Leute aus Ländern mit hoher Maturitätsquote (Frankreich mit 50 Prozent oder Italien mit sogar 80 Prozent) einwandern. Diese Statistik zeigt einzig die Unterschiede der verschiedenen Bildungssysteme in Europa, sagt indes nichts darüber aus, in welche Berufe diese Personen einwandern.

Wir brauchen keine ausländischen Universitätsabsolventen, welche als Handlanger in die Schweiz kommen!



Jährlich wandern 10'000 aus der EU in «nicht bestimmbar» Berufe ein

Rund die Hälfte der Zuwanderer kommt, ohne hier zu arbeiten. Aber auch bei den Erwerbstätigen sind die «Hochqualifizierten» nur eine kleine Minderheit. Jährlich werden rund 10'000 Bewilligungen für «nicht bestimmbar Berufstätigkeiten» erteilt. Dieser Statistik-Posten beinhaltet Berufe wie «Aushelfer, Bestücker, Fabrikhilfsarbeiter, Filterkomplettierer, Gehilfe des Patrons, Gelegenheitsarbeiter, Hilfsleger, Kohlearbeiter, Kontrollgehilfe, Obergelhilfe, Vitriinbetreuer» und so weiter und so fort.

Kaum besser tönt es beim erstaunlichen Statistik-Posten «sonstige nicht einzuordnende Berufe». Dort tauchen Kategorien wie «Gelehrter, Justierer, Kontraktuar, Linienführer, Numerierer, Wurzelstecher» auf. Die zwei Kategorien «nicht bestimmbar» und

rangieren mit 464 Bewilligungen die Informatiker/Analytiker oder mit 183 Bewilligungen die Informatik-Ingenieure (nur gerade 0,2% der erteilten Bewilligungen). 42 Maschinen- und Verfahrensingenieure folgen in der Statistik erst an 145. Stelle, noch hinter den Büglern, Wäschern, Journalisten und Rebbauern.

Schlechtes Bildungsniveau der Zuwanderer

Um die qualitativ schlechte Zuwanderung zu vertuschen, beziehen sich die

« Rund die Hälfte der Zuwanderer kommt, ohne hier zu arbeiten. Aber auch bei den Erwerbstätigen sind die «Hochqualifizierten» nur eine kleine Minderheit. »

Luigi Stamm, Nationalrat und Rechtsanwalt, Baden (AG)



«Das Gewerbe wird mit der Personenfreizügigkeit ebenfalls stark konkurrenziert. Scheinselbstständige aus dem Ausland, die auf Schweizer Baustellen zu Dumpinglöhnen arbeiten, stellen für einheimische Betriebe eine immer grössere Bedrohung dar. Von 2005 bis 2011 hat sich die Zahl der Selbstständigen aus der EU, die in der Schweiz

Dienstleistungen erbringen, vervierfacht! 2011 lag die Zahl meldepflichtiger Selbstständigerwerbender, die eine Kurzaufenthaltsbewilligung bis 90 Tage erhielten, bei rund 21'000. Gerade hier zeigt sich die Stärke der altbewährten Kontingentierung, welche die Schweiz bis 2001 flächendeckend kannte und für Drittstaaten noch heute gilt.»



Sylvia Flückiger, Nationalrätin und Unternehmerin, Schöftland (AG)

Lohndruck ist Realität

Die Schweiz hat immer schon Arbeitskräften aus dem Ausland Beschäftigung und Einkommen geboten. Das geschah aber kontrolliert, und die Arbeitsmarktlage wurde berücksichtigt. Bund und Kantone haben jeweils zusammen mit der Wirtschaft Höchstzahlen festgelegt. Die Unternehmer erhielten so meistens die Leute, die sie brauchten, und zwar aus der ganzen Welt.



« Auch die Auswirkungen auf die Löhne sind absehbar: Sie werden sinken. Erfahrungsgemäss gilt ja: Je mehr Kirschen es auf dem Markt gibt, desto billiger werden sie. »

This Jenny, Bauunternehmer und Glarner Ständerat

Gerne gebe ich auch zu, dass mir die globale Freizügigkeit nach wie vor am liebsten wäre. Alle Menschen könnten dort arbeiten und sich eine Existenz aufbauen, wo sie möchten und auch gebraucht würden. Als Unternehmer könnte ich dann aus Millionen Arbeitssuchenden jene auswählen, die für meine Bedürfnisse am besten geeignet schienen. Aber es geht nicht nur um Unternehmerinteressen. Es geht um das Gesamtwohl der Schweiz.

Personenfreizügigkeit funktioniert nicht

Eine weltweite Personenfreizügigkeit würde nur funktionieren, wenn alle Länder von ungefähr gleichen Rahmenbedingungen ausgehen könnten. Doch die Unterschiede bei Wohlstand, Marktwirtschaft, Rechtssicherheit und Sozialwerken sind riesig. Ein arbeitsloser Franzose zum Beispiel verdient in Basel mehr als doppelt so viel wie in seinem Land mit zwölf Stunden Arbeit pro Tag!

Löhne werden sinken

Ich war ein überzeugter Befürworter der Personenfreizügigkeit mit den 15 «alten» EU-Staaten: Diese Volkswirtschaften waren mit uns einigermassen vergleichbar. Nur entwickelt sich die



Es ist eine wirtschaftliche Binsenwahrheit, dass die Personenfreizügigkeit zu einem Lohndruck führen muss.

«dynamische» EU inzwischen recht unkontrolliert weiter. Sie hat Länder aus Osteuropa aufgenommen, und bald werden wohl alle Balkanstaaten und die Türkei dazukommen. Das bringt gewiss auch für Unternehmer Vorteile, denn sie können dann aus einem Wirtschaftsraum von 700 Millionen Menschen die Arbeitsuchenden auswählen. Auch die Auswirkungen auf die Löhne sind absehbar: Sie werden sinken. Erfahrungsgemäss gilt ja: Je mehr Kirschen es auf dem Markt gibt, desto billiger werden sie.

Verantwortung Unternehmer

Wir Unternehmer tragen aber auch gegenüber dem Land Verantwortung. Es geht einfach nicht, kurzfristig Leute anzustellen, diese nach wenigen Monaten zu entlassen und dann der Arbeitslosenversicherung (ALV) zur

Existenzerhaltung zu übergeben. Das ist unsozial. Als Mindestdauer für ausländische Arbeitnehmer wäre darum eine Beschäftigung von einem Jahr vorzusehen. Dann würden gewisse Personen in der Schweiz auch besser überlegen, ob sie Ausländerinnen und Ausländer einstellen oder nicht.

Im Interesse der Schweiz

Der Wirtschaftsstandort Schweiz ist eine grossartige Erfolgsgeschichte. Diesem Erbe müssen wir Sorge tragen. Eine Nivellierung etwa auf EU-Niveau hinunter darf hier nicht stattfinden. Darum müssen wir die Arbeitskräfte-Einwanderung wieder mitsteuern können. Die Zuwanderung soll den Interessen der Schweiz dienen und sich nicht auf die Interessen der Zuwanderer ausrichten. Es geht sicher nicht darum, die bilateralen Verträge



Einwanderung ist für die AHV ein süßes Gift

Die AHV gründet auf dem sogenannten «Umlageverfahren»: Die Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern sowie die Beiträge des Bundes, die in einem bestimmten Monat in die AHV einbezahlt werden, werden im nächsten Monat vollständig auf die Renten «umgelegt». Bei einem solchen Mechanismus gibt es eine zentrale Frage: Wie wird kurz-, mittel- und langfristig das Gleichgewicht des ganzen Systems sichergestellt?



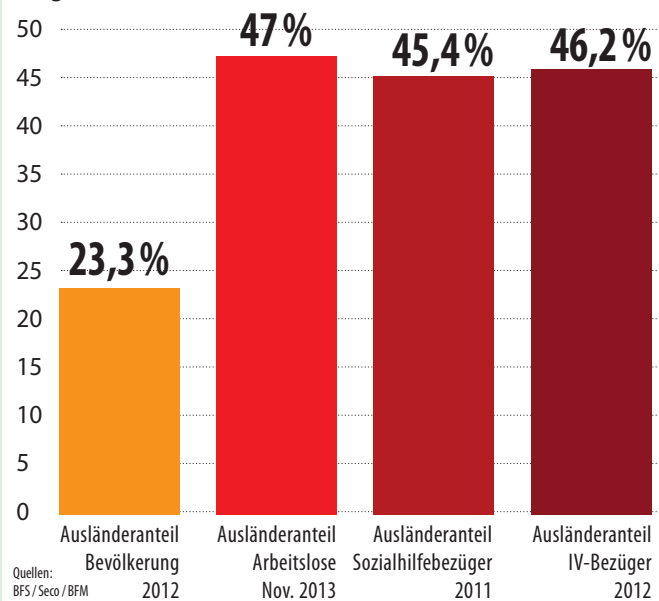
Professor Martin Janssen, Unternehmer, Zürich

des Beitragssatzes, Pensionierungsalters usw. kompensiert werden, braucht es ein Wachstum der Lohnsumme von deutlich über 2 Prozent pro Jahr.

Lohnsumme muss wachsen

Dieses Wachstum der Lohnsumme kann auf zwei Arten erreicht werden: über das Wachstum des durchschnittlichen Lohnes und über die Einwanderung. Das Wachstum des durchschnittlichen Lohnes ist dabei eine zwar bittere, aber langfristig wirksame Medizin für die Stabilität der AHV. Würde sich die Politik bemühen, das qualitative Lohnwachstum durch eine Entbürokratisierung der Wirtschaft, durch Transparenz und Wettbewerb zu erhöhen, müsste sie einen langen, beschwerlichen Weg in Angriff nehmen.

Ausländeranteil bei den Schweizer Sozialwerken (Angaben in Prozent)



Einwanderung ist Gift für die AHV

Die Einwanderung ist demgegenüber für die AHV ein süßes Gift. «Süss» ist dieses Gift, weil die Einwanderung, unabhängig von negativen Auswirkungen auf dem Wohnungsmarkt, im Verkehr, bei der Verdrängung älterer Erwerbstätiger vom Arbeitsmarkt, beim vermehrten Bezug von Sozialleistungen usw., in der kürzeren Frist einen positiven Einfluss auf die Stabilität der AHV hat und deshalb in dieser kurzen Frist positiv erscheint. In der langen Frist ist die Einwanderung aber Gift für die AHV.

Einwanderer beziehen mehr Sozialhilfe

Mehrere Gründe sprechen für diese Behauptung. Erstens wird die implizite Nettoschuld der AHV, d. h. die Gesamtheit der Nettoverpflichtungen, durch die Einwanderung grösser und muss irgendwann abgetragen werden. Wir leisten diese Rückzahlung nicht selber, sondern verschieben sie einfach auf unsere Kinder. Zweitens beziehen Einwanderer mehr Sozialhilfe als Schweizer. Sie leisten also nicht jenen Beitrag, der im Generationenvertrag der AHV unterstellt wird. Drittens ist davon auszugehen, dass ein Teil der hochqualifizierten Einwanderer, die nicht Sozialhilfe beziehen, d. h. vor allem jene mit hohen Einkommen, bei einem Konjunktürebruch in ihre Heimatländer zurückkehren werden. Sie werden dabei die erworbenen AHV-Leistungen mitnehmen und gleichzeitig als Nettobeitragszahler, deren zukünftige Beiträge zum grössten Teil Steuercharakter hätten, ausfallen. Die nicht begrenzte Einwanderung verstellt den Blick auf die eigentlichen Probleme der Schweizer Wirtschaft und hält die Politiker seit Jahren davon ab, die Entbürokratisierung der Wirtschaft an die Hand zu nehmen.

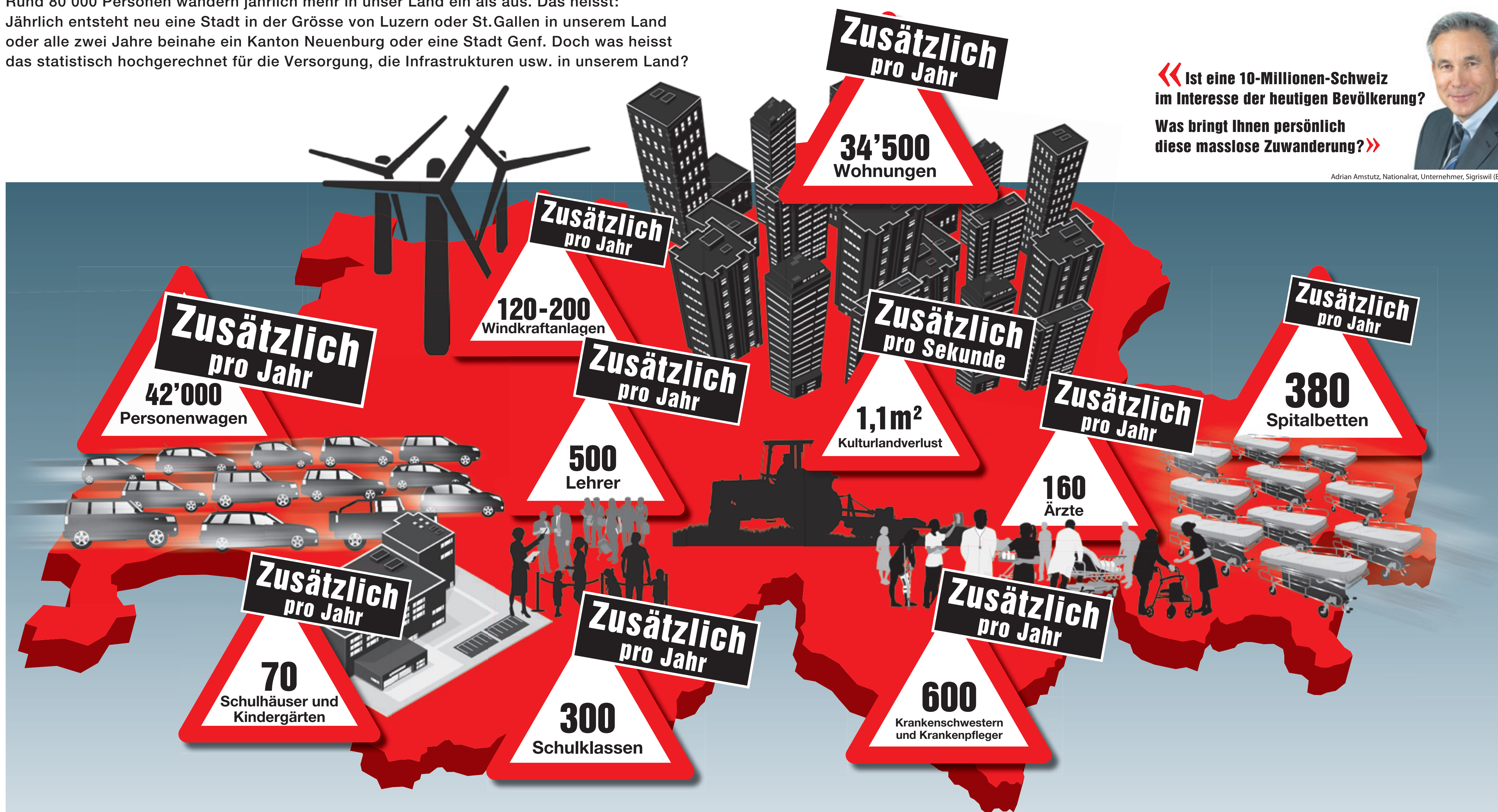
Folge der Masslosigkeit: Jedes Jahr + 80'000 Zuwanderer

Rund 80'000 Personen wandern jährlich mehr in unser Land ein als aus. Das heisst: Jährlich entsteht neu eine Stadt in der Grösse von Luzern oder St. Gallen in unserem Land oder alle zwei Jahre beinahe ein Kanton Neuenburg oder eine Stadt Genf. Doch was heisst das statistisch hochgerechnet für die Versorgung, die Infrastrukturen usw. in unserem Land?

« Ist eine 10-Millionen-Schweiz im Interesse der heutigen Bevölkerung? Was bringt Ihnen persönlich diese masslose Zuwanderung? »



Adrian Amstutz, Nationalrat, Unternehmer, Sigriswil (BE)



Mässigung oder Mass halten ist eine altbewährte Tugend, die gerade heute wieder an Bedeutung gewinnt. Sie gilt für den Staat, die Gesellschaft, die Wirtschaft und jeden Einzelnen. Seit 2007 kann die Schweiz nicht mehr selber bestimmen, wer für wie lange in unser Land kommen kann. Die Folge ist eine masslose Einwanderung, deren Auswirkungen wir alle jeden Tag mehr und mehr spüren. Diese Masslosigkeit gefährdet die Schweiz, unsere Sozialwerke und unsere Lebensqualität.

Fazit: Jetzt ist es Zeit, die Einwanderung in unser Land wieder selber zu kontrollieren und zu bestimmen!

Immer mehr Stau

Meine Heimat- und Wohngemeinde Rothrist hatte vor rund 20 Jahren noch 6000 Einwohner, heute sind es 8000. In unserem Land leben über acht Millionen Menschen. Die Zuwanderung von jährlich 80'000 Personen löst statistisch gesehen 2 Millionen Autofahrten zwischen Genf und Romanshorn aus.



Ulrich Giezendanner, Nationalrat und Unternehmer, Rothrist (AG)

Das Autobahnnetz wurde Anfang der 1960er-Jahre für fünf Millionen Menschen geplant. Das geplante Netz ist heute immer noch nicht fertiggestellt. In dieser Zeit nahm die Bevölkerung in unserem Land auf rund acht Millionen Einwohner zu. Nach der grossen Waldsterbeläge wurde fast ausschliesslich in den öffentlichen Verkehr investiert. Das Resultat kennen wir: Verkehrsinfarkt.

«Jedes Jahr kommen rund 80'000 Zuwanderer mehr in unser Land!»

In meiner Gemeinde wurden Er-schliessungs- und Umfahrungsstrassen gebaut. Die Bushaltestellen sprossen aus dem Boden. Die Infrastrukturen wie Kanalisationen, Schulhäuser, Gemeindehaus usw. – alles wurde der wachsenden Bevölkerung angepasst.

Bundespolitik führt ins Chaos
Das Wachstum in Rothrist kann problemlos mit dem Wachstum der Eidgenossenschaft verglichen werden. Nur bei der Verkehrs- und Infrastrukturpolitik gibt es massive Unterschiede. In der Schweiz werden rund 20% der Menschen mit dem öffentlichen Verkehr befördert. Rund 80% der Menschen benutzen den Individualverkehr (... und sie finanzieren ihn selbst!).



Das Autobahnnetz wurde Anfang der 1960er-Jahre für 5 Millionen Menschen geplant und ist heute noch nicht einmal fertiggebaut. Die Zuwanderung von jährlich + 80'000 Personen bringt + 42'000 Fahrzeuge zusätzlich auf die Strassen.

Trotz dieser eindrücklichen Zahlen wurde unter dem Deckmantel des Umweltschutzes fast nur noch in den öffentlichen Verkehr investiert. Die Folgen sind bekannt: jährlich rund 20'000 Stautunden (eine Verdoppelung innerhalb von 4 Jahren!).

Staus kosten unsere Volkswirtschaft über 2000 Millionen Franken pro Jahr
Mit dem volkswirtschaftlichen Schaden der Staus könnte unsere Schweiz jedes Jahr problemlos einen neuen Tunnel am Gotthard oder eine zusätzliche Röhre am Baregg bauen. Der geneigte Leser weiss auch, dass Staus Un-

mengen von CO₂ produzieren. Wenn es aber um Strassenbau geht, dann interessiert die grünen Apostel weder Luft noch Umwelt. Dann geht es einfach nur noch um obstruktive Verhin-

«Jährlich rund 20'000 Stautunden – eine Verdoppelung innerhalb von 4 Jahren!»

derungspolitik. Erstaunlich auch die konträren Aussagen unserer Bundesräte in Bezug auf den Verkehr. Der Wirtschaftsminister fordert Flexibili-

tät der Pendler, ja er sagt öffentlich, dass der Arbeitnehmer längere Arbeitswege in Kauf nehmen müsse (der steuerliche Pendlerabzug aber soll gestrichen werden).

Die Verkehrsministerin aber ist dem Pendlerverkehr nicht gut gesinnt, sie möchte möglichst wenig Personen-kilometer vom Wohnort zum Arbeitsplatz.

80'000 zusätzliche Menschen brauchen Mobilität
Jedes Jahr kommen rund 80'000 Zuwanderer mehr in unser Land. Diese Menschen wollen privaten (80%) und

öffentlichen Verkehr (20%). Diese zusätzlichen Einwohner benötigen die gewohnte Ver- und Entsorgung ihrer Haushalte. Das erzeugt ebenfalls vor allem Strassenverkehr.

Wie viel Verkehr wollen wir?
Meine Wohngemeinde Rothrist hat sich der wachsenden Bevölkerung angepasst. Der Bund aber will immer mehr Menschen (Zuwanderung), die Strasseninfrastrukturen aber werden noch durch die linke Brille geplant. Wenn man den Vergleich zur Bundespolitik zieht, dann müsste ein junger Mann von 20 Jahren noch immer die Kleider vom ersten Schultag anziehen. Es platzt aus allen Nähten.



Auch eine Folge der unkontrollierten Zuwanderung: überfüllte Züge.



Michelle Kummli, Reinach (AG)

«Ich will keine zubetonierte Schweiz, nicht noch mehr verstopfte Strassen und überfüllte Züge. Deshalb sage ich JA zur Volksinitiative gegen Masseneinwanderung.»



Der Bundesrat wollte das Schienennetz mit zusätzlichen 3,5 Milliarden Franken ausbauen. Das Parlament hat diesen Betrag auf 6,4 Milliarden Franken fast verdoppelt!

Die Folgen für alle Steuerzahler:

- 6,4 Milliarden Franken mehr für einen masslosen und einseitigen Ausbau des Schienenverkehrs!
- Erhöhung der Mehrwertsteuer für alle!
- Abzockerei der Autofahrer durch eine Beschränkung des Pendlerabzugs auf maximal 3000 Franken!

Deshalb am 9. Februar

FABI NEIN

www.fabi-nein.ch

Kulturlandverlust stoppen

Von 1985 bis 2009 gingen in der Schweiz pro Sekunde 1,1 Quadratmeter Kulturland verloren – im Mittelland wurden knapp 80 Prozent davon zu Siedlungsfläche. Auf diesem Raum leben rund acht Millionen Menschen, fast jeder vierte ist ein Ausländer. Die Schweiz ist, gemessen an der verfügbaren Fläche, bereits heute das am dichtesten besiedelte Land Europas. Diese Entwicklung wird ohne Steuerung der Zuwanderung weitergehen.



Nationalrat Hansjörg Walter, Meisterlandwirt, ehemaliger Präsident Schweizerischer Bauernverband, Wängi (TG)

Die Gesamtfläche der Schweiz beträgt 41'285 Quadratkilometer. Davon sind drei Viertel unproduktiv, Fels, Wasser, geschützter Wald und Alpweiden. Die landwirtschaftliche Nutzfläche (LN) umfasst nur eine Million Hektaren. Die Siedlungsfläche beträgt 300'000 Hektaren, welche zu Lasten der LN wächst.

Es wird eng in unserem Land
Schon jetzt platzt unser Land aus allen Nähten. Die ungebremste Einwanderung von jährlich 80'000 Menschen beansprucht fast 35'000 Wohnungen oder eine Fläche von rund 4500 Fussballfeldern an Siedlungsfläche. Jede Sekunde wird ein Quadratmeter zubetoniert. Das ist verantwortungslose Zuwanderungspolitik, und die Raumplanung ist überfordert. Die Einwanderung von Arbeitskräften und der masslose Nachzug von Angehörigen erfolgen auf Kosten der Wohlfahrt unseres Landes.

Mietpreise steigen an
Der Wohnungsmarkt zeigt es. In den Städten beträgt der Leerwohnungsbestand trotz reger Bautätigkeit praktisch null. In den Ballungsräumen steigen die Mietzinsen massiv an. Insbesondere in den Städten sind die Mietpreise von 2001 bis 2010 um +49% massiv angestiegen. In Zürich betrug die Zu-



Die ungebremste Zuwanderung von + 80'000 Menschen pro Jahr beansprucht jährlich rund + 35'000 zusätzliche Wohnungen.

nahme +57%. Am Genfersee haben sich die Preise mehr als verdoppelt. Dies gilt auch für die Kaufpreise von Eigentumswohnungen. Somit werden Einheimische gezwungen, andernorts nach bezahlbarem Wohnraum zu suchen. Mit dem Effekt, dass wegen Nachfragedrucks Wohnraum selbst in Randgebieten nahezu unerschwinglich wird. Ausweichbewegungen führen auch zu höherer Mobilitätsnachfrage. Das politische «Gegenmittel» ist zynische Symptombekämpfung: Man kürzt den Pendlerabzug bei den Steuern (Gewinnungskosten)! Die Arbeitnehmerschaft soll für längere Arbeitswege auch noch höhere Steuern bezahlen.

Fakt:

Am Genfersee haben sich die Mietpreise für Wohnungen in den letzten 10 Jahren mehr als verdoppelt.

Ernährungssouveränität gefährdet

Die Zersiedelung der Landschaft und die damit einhergehende Reduktion fruchtbarer Ackerlandfläche verstärkt sich. Die Schweiz wird immer stärker

von Nahrungsmittelimporten abhängig und verliert die Ernährungssouveränität. Diesem Prozess kann nur durch Masshalten entgegengetreten werden. Die am 9. Februar 2014 zur Abstimmung gelangende Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung» verlangt keinen generellen Stopp der Zuwanderung und keine Kündigung der bilateralen Abkommen mit der Europäischen Union (EU). Aber sie will den Bundesrat beauftragen, mit der EU Nachverhandlungen über die Personenfreizügigkeit zu führen, um eine eigenständige schweizerische Zuwanderungspolitik gestalten zu können.

Fakt:

Die Zersiedelung der Landschaft und die damit einhergehende Reduktion fruchtbarer Ackerlandfläche verstärkt sich. Die Schweiz wird immer stärker von Nahrungs-mittelimporten abhängig.



Heimat und Brauchtum bewahren

Deshalb am 9. Februar:

JA

zur Volksinitiative gegen Masseneinwanderung



Peter Keller, Nationalrat, Autor und Journalist, Hergiswil (NW)

«Wir wollen Kulturland, statt Beton. Unsere Bauernfamilien tragen Sorge zur Schweiz und produzieren für uns gesunde Lebensmittel.»



Der Text der eidgenössischen Volksinitiative
«Gegen Masseneinwanderung» im Wortlaut:

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 121 Sachüberschrift (neu)

Gesetzgebung im Ausländer- und Asylbereich

Art. 121a (neu) Steuerung der Zuwanderung

¹ Die Schweiz steuert die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig.

² Die Zahl der Bewilligungen für den Aufenthalt von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz wird durch jährliche Höchstzahlen und Kontingente begrenzt. Die Höchstzahlen gelten für sämtliche Bewilligungen des Ausländerrechts unter Einbezug des Asylwesens. Der Anspruch auf dauerhaften Aufenthalt, auf Familiennachzug und auf Sozialleistungen kann beschränkt werden.

³ Die jährlichen Höchstzahlen und Kontingente für erwerbstätige Ausländerinnen und Ausländer sind auf die gesamtwirtschaftlichen Interessen der Schweiz unter Berücksichtigung eines Vorranges für Schweizerinnen und Schweizer auszurichten; die Grenzgängerinnen und Grenzgänger sind einzubeziehen. Massgebende Kriterien für die Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen sind insbesondere das Gesuch eines Arbeitgebers, die Integrationsfähigkeit und eine ausreichende, eigenständige Existenzgrundlage.

⁴ Es dürfen keine völkerrechtlichen Verträge abgeschlossen werden, die gegen diesen Artikel verstossen.

⁵ Das Gesetz regelt die Einzelheiten.

II

Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt geändert:

Art. 197 Ziff. 9 (neu)

9. Übergangsbestimmung zu Art. 121a (Steuerung der Zuwanderung)

¹ Völkerrechtliche Verträge, die Artikel 121a widersprechen, sind innerhalb von drei Jahren nach dessen Annahme durch Volk und Stände neu zu verhandeln und anzupassen.

² Ist die Ausführungsgesetzgebung zu Artikel 121a drei Jahre nach dessen Annahme durch Volk und Stände noch nicht in Kraft getreten, so erlässt der Bundesrat auf diesen Zeitpunkt hin die Ausführungsbestimmungen vorübergehend auf dem Verordnungsweg.

Versprechungen des Bundesrates zur Zuwanderung

➔ «Plausibilitätsüberlegungen lassen eine Obergrenze des Einwanderungspotenzials von (netto) jährlich 10'000 EU-Angehörigen vermuten. Eine höhere Wahrscheinlichkeit hat jedoch die Erwartung, dass das Einwanderungspotenzial (netto) weniger als 8'000 EU-Angehörige pro Jahr erreichen dürfte (netto bedeutet Einwanderung minus Rückwanderung).»

Quelle: Studie im Jahr 1999 von Professor Thomas Straubhaar

➔ «Wie die Erfahrungen in der EU zeigen, sind die Ängste der Referendumskomitees, die Einwanderung aus EU-Staaten in die Schweiz werde stark zunehmen, nicht begründet: In Wirklichkeit sind die Wanderungsbewegungen innerhalb der EU gering. Unabhängige Studien kommen zum Schluss, dass negative Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und Löhne ausbleiben.»

Quelle: Abstimmungsbüchlein zu den Bilateralen I im Jahr 2000

➔ «Seit 1991 beschränkt der Bundesrat die Zulassung von erwerbstätigen Personen auf spezialisierte und hoch qualifizierte Arbeitskräfte, sofern sie nicht aus EU- oder EFTA-Staaten stammen. Die getroffenen Massnahmen bewirkten – zusammen mit der verschlechterten wirtschaftlichen Situation –, dass sich der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung zwischen Ende 1994 und heute lediglich noch um 0,7 auf 19,3 Prozent erhöhte.»

Quelle: Abstimmungsbüchlein zur 18-Prozent-Initiative im Jahr 2000

Die Fakten heute:

1. Seit der unkontrollierten Öffnung der Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2007 ist die Zuwanderung jährlich auf rund 80'000 angestiegen. Der Bundesrat ging von 8'000 jährlich aus.
2. In der Zwischenzeit ist der Ausländeranteil (ohne Asylsuchende und Sans-Papiers) in der Schweiz auf 23,3% angewachsen. Das heisst, dass jede vierte Person in der Schweiz ein Ausländer ist.

➡ Am 9. Februar 2014 entscheiden Sie, ob Sie aufgrund der Fakten abstimmen werden und dem Bundesrat und den Wirtschaftsverbänden damit ein klares Zeichen geben, dass es jetzt Mass zu halten gilt.



Nationalrat Heinz Brand, bis im Jahr 2011 Co-Präsident des Fachausschusses Rückkehr- und Wegweisungsvollzug von Bund und Kantonen, Klosters (GR)

« Mit einem JA zur Initiative wird der Bundesrat verpflichtet, mit der EU Verhandlungen über die Einführung eines Steuerungssystems zur Drosselung der Einwanderung aus dem EU-Raum aufzunehmen. Der Bundesrat hat es damit selbst in der Hand, der EU einen praxistauglichen Vorschlag zu unterbreiten, mit welchem das anvisierte Ziel einer begrenzten Einwanderung mit einem möglichst geringen administrativen Aufwand erreicht werden kann. Unbestritten ist, dass das bestehende Kontingentierungssystem für Ausländer aus Drittstaaten problemlos weiterhin beibehalten werden kann. Es könnte sogar noch verschärft werden, um möglichst viel Spielraum für die Verhandlungen mit der EU zu erhalten. »

So geht es nach einem JA weiter:

Mit einem JA zur Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung»

- ✓ geben wir dem Bundesrat den Auftrag, mit der EU über die Personenfreizügigkeit nachzuverhandeln
- ✓ muss das Personenfreizügigkeitsabkommen also nicht gekündigt werden
- ✓ hat die EU kein Interesse, die Verträge von sich aus zu kündigen, da die Schweiz allein bei der Transitachse ein zu wichtiger Wirtschaftspartner ist
- ✓ können wir somit die Einwanderung in unser Land wieder selber kontrollieren und der Masslosigkeit Einhalt gebieten

Deshalb am 9. Februar 2014:

Masseneinwanderung stoppen JA

Die SVP stand am Anfang des bilateralen Weges

Die Ablehnung des Beitritts zum EWR 1992 zeigte, dass es in der Aussenpolitik immer alternative Optionen gibt. Bilaterale Abkommen sind ein pragmatischer Weg zur Gestaltung der Aussenbeziehungen. Die Vor- und Nachteile sind dabei laufend abzuwägen.



Es gibt Alternativen in der Aussenpolitik.

Vor der Abstimmung über den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) 1992 wurden Behörden und Wirtschaftsverbände nicht müde, Katastrophenszenarien an die Wand zu malen und die Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern zu drohen. Falls die Schweiz dem EWR nicht beitrete, sei der wirtschaftliche Niedergang vorprogrammiert. Das Land würde innerhalb weniger Jahre verarmen, und die Jugend fände keine Arbeit mehr. Heute wissen wir, dass das Gegenteil eingetroffen ist. In der EU herrscht noch immer Krisenstimmung. Die Schweiz prosperiert. Dank dem NEIN des Volkes zum EWR-Beitritt.

Es gibt immer Alternativen

Die SVP hat vor der EWR-Abstimmung und auch danach stets darauf hingewiesen, dass es in jeder Situation Alternativen gebe. Bereits 1990 hat sie in einem damals viel beachteten europapolitischen Grundsatzpapier festgehalten, dass sich die Schweiz einen möglichst grossen Handlungsspielraum bewahren muss. Schon damals hat die SVP im Übrigen im Zusammenhang mit der Marköffnung gegenüber der EU auf die Herausforderungen und zwingenden Ausnahmen im Bereich der Ausländerpolitik, des Bodenrechts, der Verkehrspolitik und der Umweltpolitik hingewiesen. Sie sollte mit ihrer Einschätzung recht behalten. Gemeinsam mit dem Gewer-

verband hat die SVP auch auf die Gestaltung der Beziehungen über bilaterale Abkommen verwiesen.

Schweiz muss frei bleiben

Diesen Weg hat die Schweiz mit der EU im Übrigen nicht erst seit 1992 beschritten, sondern bereits mit dem Freihandelsabkommen 1972. Nach 1992 wurde der Bilateralismus intensiviert. Neue und erweiterte Verträge waren möglich und wurden in der Folge auch abgeschlossen. Mindestens ebenso wichtig war aber, dass nach dem EWR-Nein Reformen im Inland angegangen wurden. Revitalisierungs- und Deregulierungsprogramme legten den Grundstein für eine erhöhte Konkurrenzfähigkeit,

die sich auszahlte. Dass sich die Schweiz in den letzten 20 Jahren gegenüber den umliegenden Ländern erfolgreich positionieren konnte, lag zu einem schönen Teil an diesen Standortvorteilen, zu welchen ein flexibler Arbeitsmarkt, beschränkte Bürokratie, massvolles Haushalten und ein funktionierender Steuerwettbewerb gehören. Diese Faktoren dürften um einiges bedeutender sein als der wirtschaftliche Nutzen der meisten bilateralen Verträge mit der EU.

von Theo Fischer, Nationalrat von 1979 bis 1999 und Fraktionspräsident der SVP Schweiz von 1995 bis 1998, Häggingen (AG)

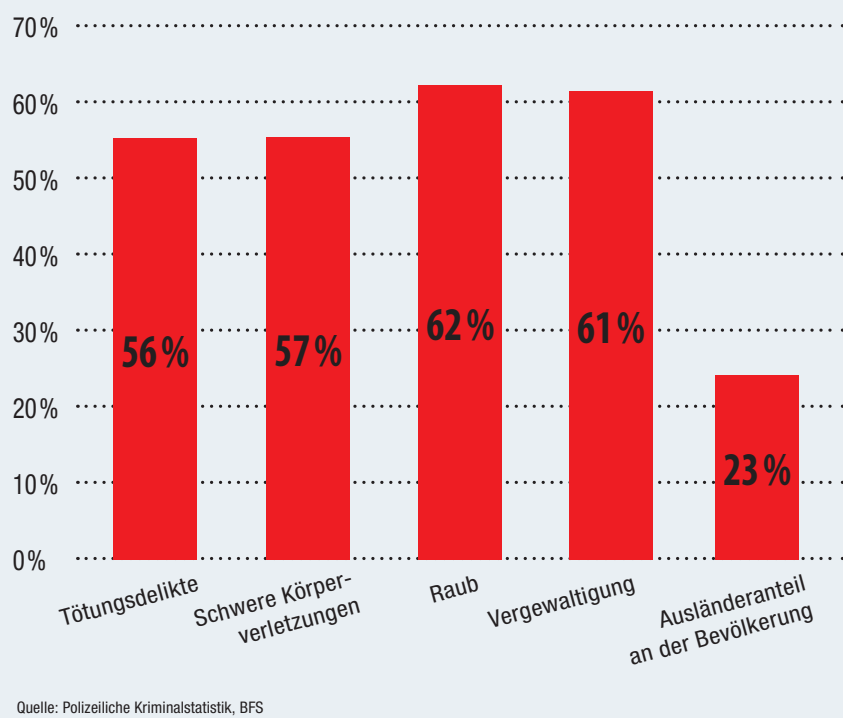
Personenfreizügigkeit ein Sicherheitsgewinn?

Nach dem EU-Beitritt von Rumänien und Bulgarien klagte der damalige italienische Infrastrukturminister (Minister für Öffentliche Arbeiten) Antonio di Pietro: «Das hat einen Haufen Asoziale ohne Arbeit und ohne andere Einkommensquellen nach Italien gebracht, einige mit Neigungen zur Kriminalität.»



Mit der unbegrenzten Personenfreizügigkeit und dem Schengen-Abkommen ist die Schweiz unsicherer geworden: Alle acht Minuten wird irgendwo eingebrochen! 70 Prozent der gefassten Täter sind Ausländer.

Anteil Ausländer bei Beschuldigten von ausgewählten Straftaten 2012



Auch in der Schweiz machen organisierte Banden und gewaltbereite Kriminelle Schlagzeilen. Dies nicht zuletzt als Folge der offenen Grenzen. Darum ersuchte ich den Bundesrat schon am 21. Dezember 2007 um Auskunft zur Entwicklung der Ausländerkriminalität.

unternimmt der Bundesrat, um der Kriminalität entgegenzuwirken?»

Naiver Bundesrat

Die Antworten vom 13. Februar 2008 erscheinen im Rückblick unglaublich naiv: «Die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens (FZA) auf Rumänien und Bulgarien (...) wird (...) zu mehr Sicherheit, Stabilität und Wohlstand im europäischen Raum führen. Der Bundesrat rechnet deshalb mit

einem Sicherheitsgewinn für die Schweiz. Die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit erhöht nicht zwingend die Gefahr, dass vermehrt Straftaten in der Schweiz begangen werden.»

Zunahme Ausländerkriminalität

Die Wahrheit sieht anders aus. In den 1980er-Jahre waren rund ein Drittel der wegen Verurteilungen nach dem

Strafgesetzbuch (StGB) erfassten Erwachsenen ausländischer Nationalität. Letztes Jahr waren laut Bundesamt für Statistik (BFS) 58 Prozent der verurteilten Erwachsenen Ausländer – bei einem Ausländeranteil von 23,3 Prozent an der Gesamtbevölkerung!

Deshalb muss die Schweiz die Einwanderung im Interesse des Landes und seiner Gesamtbevölkerung selber kontrollieren und steuern können.



Nationalrätin Andrea Geissbühler, ehemalige Polizistin, Mutter einer Tochter, Bärswil (BE)



Nationalrätin Yvette Estermann, aufgewachsen in der damaligen Tschechoslowakei, Kriens (LU)

« Eine Mehrheit der Einwanderer in die Schweiz integriert sich gut. Sie übernehmen Verantwortung und geben ihr Bestes, um sich hier zu behaupten. Es gibt aber auch die anderen, die sich nicht anpassen wollen und die Schweiz mit ihren Sozialsystemen als Selbstbedienungsladen ansehen. Diese negativen Beispiele schaden uns allen, die sich integriert haben. Es ist aber auch eine Frage der Menge der Zuwanderung, ob eine kulturelle Integration überhaupt noch möglich ist. »

Schulqualität in Gefahr

Eine gute Schulbildung ist wichtig. Diese zu gewährleisten, wird jedoch zunehmend schwieriger. Die starke Zuwanderung der letzten Jahre führte dazu, dass zum Beispiel in der Stadt Zürich seit 2008 die deutschsprachigen Schüler gegenüber den fremdsprachigen in der Minderheit sind.

Bereits ab einem Anteil von 20 Prozent Fremdsprachigen verschlechtern sich die Leistungen aller Schüler einer Klasse. Dies ist inzwischen bittere Realität. Mehr als 80 Volksschulen im Kanton Zürich haben einen Anteil von über 70 Prozent fremdsprachiger Schüler. Integrationsbestrebungen stossen an ihre Grenzen. Mit steigenden sonderpädagogischen Massnahmen wird erfolglos versucht, dem Problem entgegenzuwirken.

Immer teurere Bildung

Letztlich bezahlen wir immer mehr an die Schule, ohne dabei die Bildung an sich zu verbessern. Eine qualitativ gute Schulbildung ist nur möglich, wenn die Einwanderung massvoll geschieht. Der wertvollsten Ressource der Schweiz – der Schulbildung – muss Sorge getragen werden.



Anita Borer, Kantonsrätin, Uster (ZH)

Deshalb: JA zur Volksinitiative gegen Masseneinwanderung.

Masse oder Mass?



Oskar Freysinger, Staatsrat und Nationalrat, Savièse (VS)

Christlich-abendländisches Gedankgut und Aufklärung haben die Identität und das Zusammenleben der Schweizer entscheidend geprägt. Nicht ohne Grund trägt unser Land ein Kreuz im Wappen. Kirchen und Religionsgemeinschaften geniessen in unserem Land im Rahmen der Verfassung eine grosse Freiheit. Diese Freiheit findet aber da Grenzen, wo Religionsgemeinschaften die ihnen entgegengebrachte Toleranz verachten oder gar den Rechtsstaat bekämpfen.

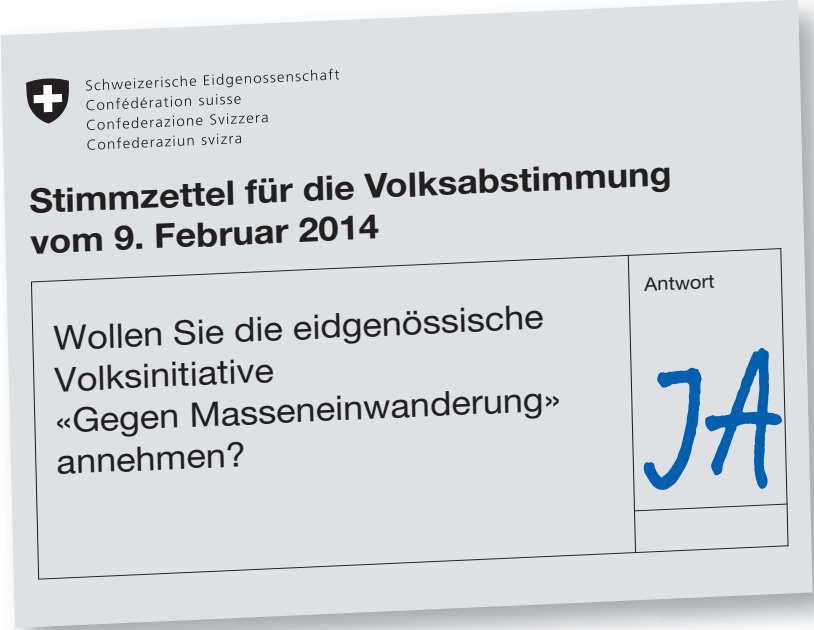
Gewiss sympathisiert nur eine kleine Minderheit davon mit islamistischem Gedankgut. Doch die muslimischen Zuwanderer stammen oft aus Ländern, in denen keine demokratische Rechtsordnung herrscht. Sie bringen Vorstellungen über Recht und Ordnung mit, die mit unserem Rechtssystem und unseren demokratischen Spielregeln wenig bis gar nicht vereinbar sind.

Aber auch die grosse Anzahl von Zuwanderern aus Europa bringt unser Land an Grenzen. Viele von ihnen bringen ein ganz anderes Staatsverständnis mit. Das beginnt bei der Schule: So sind Tagesschulen in den umliegenden Ländern eine Tatsache, aber auch ein garantierter staatlich finanzierter Krippenplatz oder auch ein Vaterschaftsurlaub.

Die Verfassung hat den Rahmen zu definieren, wie die Zuwanderung zu regeln ist. Dabei spielt das Ausmass der Zuwanderung eine entscheidende Rolle.

Fazit: Die Integrationsfähigkeit fremder Kulturen und Religionen ist insbesondere eine Frage der Menge. Damit auf gesellschaftliche Bedürfnisse Rücksicht genommen werden kann, muss die Zuwanderung durch die Schweiz wieder eigenständig gesteuert werden.

Masslosigkeit schadet!



So stimmen Sie richtig,
damit wir die Einwanderung
in unser Land wieder
selber kontrollieren können.

Mehr Informationen:
www.masseneinwanderung.ch



Regierungsrat
André Rüegsegger,
Vorsteher des
Sicherheitsdepartementes
Kanton Schwyz,
Brunnen (SZ)

« Verantwortung tragen heisst, auch an die Zukunft zu denken. Die Schweiz soll ein sicheres Land mit hoher Lebensqualität bleiben. Wirtschaftswachstum allein kann nicht massgebend sein. Die übermässige Zuwanderung hat Auswirkungen auf viele Bereiche. Im Zuge der Personenfreizügigkeit und der offenen Grenzen ist auch eine steigende Kriminalität zu beklagen. Die Probleme sind an der Wurzel zu packen – statt teure Symptombekämpfung zu betreiben. Deshalb sage ich aus Überzeugung JA zur Volksinitiative gegen Masseneinwanderung. »



Heimat und
Brauchtum
bewahren

Deshalb am 9. Februar:

JA
zur Volksinitiative gegen
Masseneinwanderung

Auch ich setze mich für eine freie, unabhängige und souveräne Schweiz ein.

- ☐ Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. Bezirk/Region werden. Die Parteimitgliedschaft ist zu vergleichen mit einer Mitgliedschaft in einem Verein. Ich zahle einen jährlichen Mitgliederbeitrag und werde zu den Versammlungen und Veranstaltungen eingeladen.
- ☐ Bitte schicken Sie mir das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.
- ☐ Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort den Newsletter an folgende E-Mail-Adresse:
- ☐ Ich lasse den Flyer direkt über das Versandtool www.flyer-ueberall.ch/Masseneinwanderung per Post in der von mir ausgewählten Gemeinde verteilen.
- ☐ Ich bin bereit, mein Land, meine Scheune, meine Hausmauer für Plakate für die Kampagne «Masslosigkeit schadet – Masseneinwanderung stoppen» zur Verfügung zu stellen.
Bitte schicken Sie mir:

☐ F4-Papier-Plakate (Weltformat = 89,5 cm x 128 cm)

☐ A0-Allwetter-Plakate (fest) (A0 = 84,1 cm x 118,9 cm)

☐ A3-Papier-Plakate (A3 = 29,7 cm x 42 cm)
- ☐ Ich schreibe gerne einen Leserbrief und brauche dazu Unterstützung.
Bitte nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
- ☐ Ich unterstütze die Kampagne «Masslosigkeit schadet – Masseneinwanderung stoppen» (Spenden können im begrenzten Umfang von den Kantons- und Bundessteuern abgezogen werden):

☐ Ich spende Franken auf das **PC 60-167674-9** des überparteilichen Komitees.

☐ Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.

Adresse:

Name / Vorname

Strasse

PLZ / Ort

Telefon

E-Mail

Datum / Unterschrift

Talon ausfüllen, anschliessend bitte zurücksenden an:

SVP Schweiz
Generalsekretariat
Postfach 8252
3001 Bern
Tel. 031 300 58 58
Fax 031 300 58 59
E-Mail info@svp.ch

www.svp.ch

